

# GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 29 37. Jg.

25. Juli 1924

## ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

**Abonnement.** Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freilags. Abonnementspreis: 0,25 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 0,50 Mk.

### Redaktion:

Hans Ronnger, Berlin N 24 Elsassstraße 86-88 III. Redaktions-schluß: Montag. Telefon Amt Norden 4268  
Verlag: Johannes Flaß, Berlin N 24. — Druck und Expedition: Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastr. 8-9.

**Insertion.** Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitteilungen sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Uebereinkunft. Zuschriften an die Expedition erbeten.

### Bekanntmachungen.

#### Der Druck des Tarifes für das Lithographie- und Steindruckgewerbe

ist fertig und können Exemplare vom Tarifamt, Berlin SW 68, Markgrafenstraße 73, II bezogen werden. Das Stück kostet 20 Pfg. Bestellungen sind nur beim Tarifamt aufzugeben. Bei Aufgabe der Bestellung ist der Betrag für die bestellten Tarifexemplare sofort mit einzusenden.

#### An alle Orts- und Gauvorstände

ergeht die Mahnung, eingeforderte Berichte sofort einzusenden. Eine Reihe solcher in letzter Zeit eingeforderter Berichte steht noch aus. Da wir vermuten, daß ein Teil der Drucksachen nicht an die gewollte Adresse gelangt ist, geben wir bekannt, daß das letzte versandte Rundschreiben die Nummer 132 trägt. Da die Rundschreiben fortlaufend numeriert sind, bitten wir die fehlenden Nummern zur Kenntnisnahme und Einsendung der Berichte von uns nachzufordern.

#### Der Verbandsvorstand.

### Tariflicher Leistungslohn.

Mit Abschluß des neuen Tarifes für das Deutsche Lithographie- und Steindruckgewerbe hat die vertragliche Regelung der Lohnverhältnisse in diesem Gewerbe eine nicht unwesentliche Veränderung erfahren. Von dem bisher geltenden System der Normierung tariflicher Mindestlöhne nach Alter der Gehilfen und verschiedenen Ortsklassen ist abgegangen und der Leistungslohn aus Schild erhoben worden. Nur für Ausgelernte verzeichnet der Tarif noch einen Mindestlohn, der nach Ortsklassen gestaffelt, für Ortsklasse I und II 20,24 Mk., für Ortsklasse III 21,16 Mk., für Ortsklasse IV 22,08 Mk. und für Ortsklasse V 23,— Mk. beträgt. Im übrigen unterliegt der Lohn freier Vereinbarung nach Maßgabe der Leistungsfähigkeit und der Dauer der Beschäftigung des Gehilfen. Daß uns der tariflich festgesetzte Mindestlohn für Ausgelernte etwas zu knapp gemessen erscheint, haben wir bei Besprechung des zweiten Tarifverhandlungsergebnisses schon genügend hervorgehoben, dabei aber auch der Meinung Ausdruck gegeben, daß ein seinen Beruf erlernender, neugebackener Gehilfe keinen Anlaß hat, sich den tariflichen Mindestlohn als seinen Wochenlohn aufdrängen zu lassen. Auch der junge Gehilfe hat die Berechtigung den wieder eingeführten Leistungslohn sich zunutze zu machen, wobei ihm die eigenartig gelagerten Wohnungsverhältnisse als ledigen Berufsarbeiter durchaus nicht hinderlich sind. Wichtig ist nur, daß der junge Kollege seine Lehrzeit nach besten Kräften ausgenutzt hat, um ein tüchtiger Berufsarbeiter zu werden, denn nur dann wird er Aussicht haben eine wesentlich über den Lohn für Ausgelernte bezahlte Stellung für längere Zeit halten zu können. Die Ausbildung der Lehrlinge unter dem Prinzip des Leistungslohnes gewinnt dadurch auch von der Lohnseite her für die Gehilfenschaft ganz erhebliche Bedeutung, was wir zu beachten bitten, obwohl wir zur Ausbildung der Lehrlinge noch einmal gesondert das Wort zu nehmen gedenken.

Ehe wir auf den Leistungslohn und die nun von den Gehilfen im Interesse des Gewerbes einzunehmende Haltung näher eingehen, sei noch kurz einer mit dem Abschluß des Tarifes zusammenhängenden Frage gedacht, die das Lohngebiet betrifft. Wie bekannt, ist mit Abschluß des Tarifvertrages eine Vereinbarung in Kraft getreten, die allen Gehilfen auf die tatsächlich gezahlten Löhne, erstmalig zahlbar am 6. Juni 1924, bis zu einem Lohne von 30 Mark 3 Mark und über 30 Mark 2 Mark Zulage garantiert. Nur Ausgelernte, die durch die Festsetzung des Mindestlohnes der Ausgelernten im 1. Gehilfenjahr eine Erhöhung ihres jetzigen tariflichen Lohnes um wenigstens 3 Mk. erhalten, sind von dieser Vereinbarung nicht betroffen. Es hat also jeder Kollege das Recht, diese Zulage zu fordern, sofern sie noch nicht gegeben worden ist, und zwar rückwirkend ab der angegebenen Zeit. Sollten sich wegen dieser Lohnzulage irgendwo Schwierigkeiten zeigen, so vermeide man jede un-

tarifliche Handlung, sondern wende sich an die Tarifinstanzen, die den Kollegen zu ihrem Rechte verhelfen müssen und auch werden.

Der nun durch den Abschluß des Tarifes auch tariflich aufs Schild gehobene Leistungslohn, den wir unter der kapitalistischen Produktionsweise als die noch am gerechtesten wirkende Entlohnungsform halten, hat auch im Gehilfenlager nicht ungeteilte Zustimmung gefunden. Besonders einzelne Kollegen an kleineren und mittleren Orten befürchten, daß durch den Leistungslohn infolge des Wohnungsmangels und einiger anderer Hemmungen dort die Löhne nicht entsprechend mitgehen werden. Für die Unternehmer soll die tarifliche Verankerung des Leistungslohnes mit einer der wesentlichsten Gründe gewesen sein, den Tarif abzulehnen. Sie sind angeblich der Meinung, daß nun der „Lohntreiberei“ Tür und Tor offen stände. Außerdem soll unsere in Nr. 25 der „Graphischen Presse“ gebrachte Ankündigung, daß wir uns mit der Lohnfrage noch besonders beschäftigen würden, wie das rote Tuch auf ein bekanntes Tier gewirkt haben. Man soll in Unternehmerkreisen behauptet haben, wenn wir gesondert zur Lohnfrage Stellung nehmen, die „Lohntreiberei“ ohne Ende seien.

Nachdem durch Einführung der Rentenmark die Warenpreise eine gewisse Stabilität erreicht haben, schreit der größte Teil unserer Unternehmer wie besessen über „Lohntreiberei der Gehilfen“. Würfte man nicht, daß schreiben, schreien und nochmals schreien zum unveräußerlichen Handwerkszeug aller Geschäfte- und Profitmacher gehörte, wäre man geneigt anzunehmen, daß Unwissenheit Methode macht. Aber den Unternehmern ist viel zu gut bekannt, daß noch vor dem Abschluß der Inflationsperiode die Warenpreise, in Gold berechnet, über doppelter Höhe der Vorkriegszeit standen. Um etwaiger Gedächtnisschwäche im andern Lager entgegenzukommen, sei nur erinnert, daß nach Angabe von Unternehmensvertretern im November 1923 für Naturpapier gerade der doppelte Goldvorkriegspreis bezahlt werden mußte. Daß die Preise für den notwendigsten Lebensbedarf in gleicher Zeit nicht anders gelagert waren, dafür vermögen unsere Hausfrauen noch heute jederzeit den Beweis anzutreten. Und trotzdem das so war, machten die Unternehmer einen Monat später, als im Dezember durch Schiedsspruch ein Lohn von 24 Rentenmark festgesetzt wurde, wegen der „un glaublichen“ Höhe des Lohnes für einen über 24 Jahre alten, vollleistungsfähigen Gehilfen einen derartigen Stank, daß die Gehilfenvertreter unter Würdigung des damals außerordentlich geringen Beschäftigungsgrades eine Vereinbarung auf 23 Rentenmark in der Spitze abschlossen. Dieses Manöver, das in Ausnutzung der Konjunktur bis auf den Rest in den Jahren der Inflation immer gemacht wurde, und die Gehilfen nebst ihren Familien nicht nur bis aufs Hemd auszog, sondern sie in allerbitterster Not und sogar in den Tod zwang, dieweil die Betriebe ganz ansehnlich Fett ansetzten, versagt jetzt seine Wirkung, weil der Zahlenfimmel verfliegen ist. Wenn unsere Unternehmer wirklich der Meinung gewesen sein sollten, daß unsere Kollegen auch bei halbwegs stabiler Währung für 2 bis 4 Dollar Lohn die Woche arbeiten würden, dann müssen sie jedem mitfühlenden Menschen leid tun. Aber schon die panikartige Flucht zumeist der besten der Berufsarbeiter aus dem „Elderado“ des deutschen Steindruckgewerbes in das Ausland, hätte den Herren genug Anlaß sein müssen beizeiten Klarheit darüber zu gewinnen, daß ihre jahrelange Politik bis auf den Grund ausgenutzter Konjunktur zur entsprechenden Zeit in „Lohntreiberei der Gehilfen“ enden würde und enden mußte.

Selbst wenn die Unternehmer über „Lohntreiberei der Gehilfen“ zernern, daß ein altes Weib darob juchend werden könnte, dürften die Gehilfen sich nicht davon abhalten lassen dafür zu wirken, daß für Arbeitsleistungen auch Gegenleistungen gewährt werden, die nicht nur die Befriedigung des notwendigen Lebensbedarfes sichern, sondern auch Kulturbedürfnisse befriedigen und ausreichen, der fachtechnischen Fortbildung Raum zu geben. Die Kollegenschaft stellt in dieser Beziehung ganz gewiß keine übertriebenen Forderungen. Viel eher kann man in diesem Zusammenhang von der ver-

dammten Bedürfnislosigkeit der Masse reden. Nach Einführung des Leistungslohnes dürfte auch im wesentlichen jeder tarifwidrigen Gesamtlohnregelung der Boden entzogen sein, wenn die Unternehmer nicht durch Gegenmaßnahmen ein anderes erzwingen. Dort allerdings, wo ein Unternehmer, gestützt auf ganz eigenartige Verhältnisse, durch Zahlung merklich geringer Löhne als allgemein üblich, seinen Unternehmern Kollegen unbillige Konkurrenz zu machen versucht, erscheint uns ein organisierter Widerstand im Interesse des Gewerbes dringend nötig. Eine Konkurrenz, die nicht auf Tüchtigkeit der Geschäftsleitung, sondern auf Lohn-druck beruht, sollte den geschlossenen Widerstand beider Vertragsparteien finden.

Gerade in der Tatsache, daß das Prinzip des Leistungslohnes die Möglichkeit gibt, für geleistete Arbeit eine entsprechende Gegenleistung zu erhalten, sehen wir einen Weg, gemeinsamen und einheitlichen Lohnforderungen das Wasser abzugraben. Der Leistungslohn basiert auf der Leistung des einzelnen. Es ist also die Arbeitsleistung, aus der eine Lohnforderung resultieren muß. Die Theorie vom gleichen Magen ist damit über Bord geworfen. Selbstverständlich bleibt trotzdem bestehen, daß die Existenzmöglichkeit für alle gesichert sein muß. Denn erst vom Boden der gesicherten Existenzmöglichkeit lassen sich Leistungsunterscheidungen gerechterweise vornehmen.

Da sich nach Abschluß des neuen Tarifes kein Unternehmer mehr darauf berufen kann, daß ihm der Tarif die Möglichkeit nehme, die Kollegen im Lohn so zu stellen, wie er das eigentlich für nötig hält, der Tarif vielmehr die Verpflichtung enthält, den Lohn entsprechend der Arbeitsleistungen in gemeinsamer Verhandlung zwischen Gehilfe und Unternehmer zu normieren, fällt auch ein Teil jener Kraft aus, die bisher die Arbeitsleistungen nicht unwesentlich beeinflusste. Kommt eine Verständigung zwischen Gehilfe und Unternehmer über die Höhe des Lohnes zustande, so schließt das in sich, daß der Gehilfe an Arbeitsleistung gibt, was er bei dem Handel versprochen hat. Wir möchten im Interesse einer möglichst reinen Auswirkung des Leistungslohnprinzips auf dieser Umstand besonders hinweisen. Wer glaubt, bei Festsetzung seines Lohnes einem Irrtum zum Opfer gefallen zu sein und auf Grund seiner Leistungen anders entlohnt zu werden, mache seine Ansprüche bei der Geschäftsleitung geltend. Im Noffalle sind die Tarifinstanzen in Anspruch zu nehmen. Aber immer lege man Wert darauf, daß die Leistungen nicht beeinträchtigt und Tarifbestimmungen nicht verletzt werden. Wir haben den Tarif angenommen und ihn zu halten. Wir wollen bei einer auskömmlichen Lohn auch die Leistungen geben, die einen auskömmlichen Lohn zu zahlen die Möglichkeit geben.

Darin muß die gewerkschaftlich-organisatorische Schulung der Kollegen zum Ausdruck kommen, daß sie für einen anständigen Lohn auch eine anständige Leistung hinstellen, sowohl qualitativ wie quantitativ, das heißt: Wer keinen auskömmlichen Lohn zahlen will, kann auch keine entsprechende Arbeitsleistung bekommen. Mutet diese Einstellung anfänglich auch etwas privatwirtschaftlich an, so führt sie doch sicher zum Ziele. Nur dadurch, daß die Gehilfenschaft zeigt, zukünftig immer gleiches mit gleichem zu vergelten, wird sie den Boden dafür bereiten, auf dem ihre gerechten Forderungen zur Frucht reifen können. Niemand hat so scharf die Erkenntnis in den Vordergrund gestellt, daß Kultur nur durch Arbeit getragen wird, wie die Arbeiterschaft. Auch wir Gehilfen wollen arbeiten und fleißig sein, um kulturell möglichst hoch zu steigen. Aber wir verlangen, daß die Arbeit ihres entprechenden und entwürdigenden Charakters entkleidet und dem Arbeitenden eine Existenz gewährt wird, die ihm sich als Mensch fühlen läßt und in dem Streben stärkt, ganz Mensch zu werden. Nichts adelt nach unserer Auffassung den Menschen mehr als Arbeit. Aber nur Arbeit, die eine innere Befriedigung gibt, reizt zu neuem Tun an. Wo jedoch die Sorge um des Tages Nahrung und Notdurft den Menschen ganz gefangen nimmt, und ihm stets die bange Frage vor Augen steht: Was wird aus mir? da ist freiem Schaffen aus dem vollen Scheuern troher Arbeitslust jeglicher

Boden entzogen. Die Arbeit, die Freude sein soll, muß dann zur unerträglichen Last werden. Auf solchem Boden kann kein Antriebe zur Mehrleistung wachsen und alle Versuche, mit andern Mitteln als dem der Betriedigung, zum Ziele der Mehrarbeit zu kommen, enden in Explosionen.

Wir haben schon im Leitartikel der vorigen Nummer der „Graphischen Presse“ darauf verwiesen, daß die Steindruckereibesitzer aus innerorganisatorischen Gründen ein Interesse daran haben, den Gang der Betriebe möglichst wenig gestört zu sehen. Auch wir Gehilfen haben an solchen Störungen kein Interesse. Der Tarif ist abgeschlossen und die Gehilfen sind bereit, die Tarifbestimmungen unter Anwendung der allgemeinen Grundsätze von Treu und Glauben auch zu halten. Der Gegenseite bleibt nach den trüben Erfahrungen der letzten Zeit vorbehalten den Beweis zu erbringen, daß sie ein gleiches zu tun gewillt ist. Soll jedoch das Gewerbe zu seiner vollen Leistungsfähigkeit emporsteigen, dann muß neben entsprechender technischer Ausgestaltung der Betriebe vor allen Dingen den Gehilfen ein Lohn gegeben werden, der nicht nur ihre und der Familienexistenz sichert, sondern der auch jene Quellen zum Fließen bringt, aus denen die Lust zur Arbeit hervorquillt. Und wenn die Unternehmer die Gründe waggonweise herangeschleppt bringen für ihre Ansicht über Mehrleistung, bleibt die Arbeit in erster Linie ein psychologisches Problem. Solange für diese Binsenweisheit in Unternehmerkreisen kein Platz und Verständnis vorhanden ist, dürfte sich kein billiger Ausgleich finden lassen. Daß dieses Verständnis bei unsern Unternehmern vorhanden ist, kann im Interesse des Gewerbes nur gewünscht werden. Der Leistungslohn bietet dann die geeignete Möglichkeit, dieses Verständnis in einer fruchtbringenden Gewerbepolitik ausmünden zu lassen.

## Stellungnahme der Gewerkschaften gegen Schutzzölle.

Noch sind die zur Ausführung des angenommenen Sachverständigengutachtens notwendigen Gesetze der Öffentlichkeit noch nicht einmal bekannt und schon beginnt der ernsthafteste Kampf um die Verteilung der Lasten, die uns das Gutachten zu tragen auferlegt. Obwohl auch das Sachverständigengutachten andeutet, daß die breite Masse der deutschen Bevölkerung schon reichlich mit Lasten bepackt ist, die weil die Besitzenden noch lange nicht ihren entsprechenden Teil tragen, sollen auch die weiteren Lasten der Arbeiterschaft aufgehakt werden. Das Geschrei aller Profitjäger, schon die jetzt zur Erhebung kommenden Steuern nicht zahlen zu können, ist vorbereitende Abwälzungsarbeit. Und die Regierung fällt gern auf dieses Geschrei herein.

Denn nichts anderes ist von der Regierung in Szene gesetzte Schutz Zoll-Überfall, als durch die Wiedereinführung der Agrarzölle die Lasten der Reparation auf die Schultern der Arbeiter zu laden. Ganz offensichtlich richtet sich die Schutz Zollbewegung und das Vorgehen der Reichsregierung gegen die breiten Massen der Verbraucher, insbesondere der Arbeitnehmer aller Art. Und der ahnungslose Engel von Reichsernährungsminister soll der Meinung gewesen sein, daß die Schutz Zollpolitik der Reichsregierung die Zustimmung der freien Gewerkschaften findet, weil auch in diesen Kreisen der Bevölkerung nicht verkannt wird, daß die Landwirtschaft in einem gewissen Notstand sich befindet. Aber zur Beseitigung dieses Notstandes sind ganz andere Maßnahmen als Schutzzölle nötig!

Um dem Reichsernährungsminister den Star zu stechen, daß die Gewerkschaften sich zu Agrarschutzzöllnern im Interesse einer nicht gern zahlenden besitzenden Klasse entwickelt hätten, fand am Dienstag, den 16. Juli im Reichsernährungsministerium eine Besprechung zwischen den Gewerkschaften aller Richtungen und dem Reichsernährungsminister statt. Die freigewerkschaftlichen Spitzenverbände waren durch die Kollegen Graßmann und Knoll vom ADGB, Stübner und Heinig vom AfA-Bund vertreten. Der Wortführer der Christlichen Gewerkschaften war Baltrusch, der der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften Lemmer.

Der Reichsernährungsminister eröffnete die Sitzung mit einer ausführlichen, sehr ernsthaft untersuchenden Darstellung der Lage der Landwirtschaft. Die Ernährungsmittellage biete an sich keinen Grund zur Besorgnis, dagegen sei die allgemeine Lage der deutschen Landwirtschaft außerordentlich bedenklich. Graf Kanitz trug dann die bekannten Argumente vor, die von denen benutzt werden, die keinen anderen Weg für die Gesundung der Landwirtschaft kennen, als die Schaffung von Schutzzöllen. Er unterstrich dabei, daß es sich nicht um die Neueinführung von Schutzzöllen, sondern um Wiederherstellung der Zustände vor dem Kriege handelt. Das sei schon deswegen notwendig, weil inzwischen die Industrie ihre Schutzzölle schon wieder erhalten habe.

Der Sprecher des ADGB, Graßmann unterstrich, daß es ohne die Bewilligung der städtischen Bevölkerung in Deutschland keine Schutzzölle ge-

ben werde. Die städtische Bevölkerung sei in der Mehrheit in Deutschland, auf deren Kosten könne sich eine Minderheit keine Vorteile verschaffen. Recht deutlich unterstrich Graßmann, daß die von christlich-nationaler Gewerkschaftsseite in der reaktionären Presse veröffentlichte Darstellung, daß die freien Gewerkschaften aus politischen Gründen gegen die Schutzzölle seien, eine unanständige Demagogie wäre. Sachlich betrachtet lägen doch die Verhältnisse heute so, daß die Arbeitnehmer durch die Lohnsteuer und die sonstigen Vorbelastungen ihres Einkommens sogar nach den Berechnungen des Reichsarbeitsministers Brauns mit 16 bis 18 Prozent erfaßt würden. Wenn man auch nur in Betracht ziehe, daß heute viele kleinen Post- und Eisenbahnbeamten als Familienväter trotz aller sozialen Zulagen mit wöchentlich 17 Mk. Einkommen leben müßten, so sei damit schon das Urteil über die Schutzzölle, für die die Gewerkschaften nicht zu haben seien, gesprochen. Der Landwirtschaft könne auf anderen Wegen, soweit sie wirklich Not leidet, besser und nachhaltiger geholfen werden.

Eine Überraschung bot die Rede des Vertreters der Christlichen Gewerkschaften Baltrusch, der schon bei seiner Stellungnahme im Reichswirtschaftsrat einige Verwunderung erregte. Baltrusch behauptete nicht nur, daß die industrielle Entwicklung Deutschlands seit den siebziger Jahren durch die Wandlung zur Schutz Zollpolitik ermöglicht worden sei. Er betonte auch, daß heute die Landwirtschaft nur durch Schutzzölle wieder aufzublühen vermöge. Anders steht es mit der Einfuhr von Gefrierfleisch und Büchsenfleisch, hier würde auch die Industrie gegen Schutzzölle Einspruch erheben, ebenso wie die Christlichen Gewerkschaften. Dann deutete er weiter an, daß die Landwirtschaft gegenüber den sozialpolitischen Forderungen der Arbeitnehmer zunehmend geringeres Verständnis zeigt. Es wäre zu hoffen, daß sie jetzt, wenn in Arbeitnehmerkreisen Stimmung für Schutzzölle, um der Landwirtschaft zu helfen, vorhanden sei, den Arbeitnehmern in sozialpolitischen Fragen mehr entgegenkommen würde.

Als Vertreter des AfA-Bundes sprach Heinig, der die Irrtümer Baltruschs richtig stellte und an einer ganzen Reihe Einzelheiten nachwies, daß die von der Reichsregierung beabsichtigte Zollpolitik der Landwirtschaft gar nicht helfen werde. Wir brauchten die Entwicklung der Landwirtschaft zur Qualitätsproduktion. Die Lage der Arbeitnehmer sei heute um vieles schlechter als die der Landwirte. — Lemmer von den Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften ging in seiner Auffassung mit den Darstellungen der Vertreter der freien Gewerkschaften auf einer Linie.

Es kann gesagt werden, daß die Einwände bzw. Feststellungen und Warnungen der Vertreter der freien Gewerkschaften nicht ohne Eindruck auf den Reichsernährungsminister blieben. Über die Frage der Schutzzölle sollen mit den Gewerkschaften noch weitere Besprechungen geführt werden. Dennoch ist die Stellung der Gewerkschaften schon klar gegeben; sie wurde durch Knoll (ADGB.) dahin zusammengefaßt: Unter keinen Umständen Schutzzölle!

## Die Arbeitslosigkeit in den verschiedenen Ländern.

Die Arbeitslosigkeit zeigt im allgemeinen den während der Sommermonate üblichen Rückgang der Arbeitslosigkeit. Im Vergleich zu den Monaten April, Mai, Juni des Vorjahres, ist in den meisten Ländern vielfach eine weit geringere Anzahl Arbeitslose zu verzeichnen, was auch auf die Besserung der Wirtschaftslage zurückzuführen ist. Nach den uns vorliegenden Angaben geben wir folgende Übersicht über den Stand der Arbeitslosigkeit in verschiedenen Ländern:

**Belgien:** Nach den Berichten von 1522 Arbeitslosenkassen mit insgesamt 669 223 Mitgliedern waren Ende März 13 755 oder 2,5 Prozent gänzlich oder teilweise arbeitslos. Ende Februar wurden 10 829 oder 1,6 Prozent gänzlich und 12 785 oder 2 Prozent teilweise Arbeitslose gezählt, während Ende März 1923 insgesamt 16 798 oder 2,6 Prozent Arbeitslose gezählt wurden.

**Dänemark:** Seit Anfang des Jahres ist die Arbeitslosigkeit stetig zurückgegangen. Nach den Angaben der Gewerkschaften und der öffentlichen Arbeitsnachweise betrug der Prozentsatz der Arbeitslosen Ende Mai 6,1, gegen 9,3 im Vormonat, 21,3 im Februar und 9,1 im Mai 1923. Ende Juni wurden im ganzen Lande 13 962 Arbeitslose gezählt, gegen 14 241 in der Vorwoche und 22 000 Ende Juni 1923.

**Deutschland:** Von den 4 524 281 Mitgliedern der 37 berichtenden Verbände wurden 3 825 581 oder 84,6 Prozent durch den Bericht erfaßt und hierunter am 26. April 3 446 441 männliche und 52 220 weibliche Personen als arbeitslos gezählt. Auf je 100 vom Bericht erfaßten Mitgliedern kamen somit im April 10,4 Arbeitslose gegen 10,6 im Vormonat und 7 im April 1923. Der Prozentsatz der Kurzarbeiter unter den Gewerkschaftsmitgliedern betrug am 26. April 5,8 gegen 9,9 Ende März.

Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen fiel von 462 775 am 15. April auf 310 898 am 1. Mai und 243 268 am 15. Mai 1924. Diese Ziffern umfaßten nur das unbesetzte Gebiet.

**Estland:** Die Zahl der eingetragenen Arbeitslosen betrug Ende März 5 110 gegen 3 941 im Vormonat und 661 Ende März 1923.

**Frankreich:** Am 24. Mai war die Zahl der bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen eingetragenen Arbeitslosen 9 381, davon 6 198 Männer und 3 183 Frauen, gegen 8 921 im Vormonat und 9 684 Ende Mai 1923. Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen war am 30. Mai 805, gegen 750 im Vormonat und 2 200 Ende Mai 1923.

**Finnland:** Nach den Berichten der Arbeitsnachweise in den 7 größten Städten des Landes waren Mitte Mai 1303 Arbeitslose eingetragene, gegen 1346 am 26. April und 1242 im März 1923.

**Großbritannien:** Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich im Mai weiterhin verbessert. Von den Mitgliedern der berichtenden Gewerkschaften waren Ende Mai 7 Prozent arbeitslos, gegen 7,5 Prozent Ende April und 11,3 Prozent im Mai 1923. Von den 11 500 000 gegen Arbeitslosigkeit Versicherten waren am 26. Mai 958 000 oder 9,5 Prozent arbeitslos, gegen 984 000 oder 9,7 Prozent am 28. April und 1 261 688 oder 11,2 Prozent im Mai 1923.

**Holland:** Bei den Arbeitsnachweisen in Gemeinden mit über 5000 Einwohnern waren eingetragene am 7. Juni 1924 24 658 arbeitssuchende gelernte und 27 000 ungelernete Arbeiter. Die entsprechenden Zahlen waren am 1. März 52 921 und 45 875 und am 29. Dezember 1923 58 733 und 43 492. Bei diesen Zahlen muß jedoch berücksichtigt werden, daß die eingetragenen Arbeitslosen nicht immer arbeitslos sind, und daß von den ungelerneten Arbeitern ein Teil zu den teilweise arbeitslosen gerechnet werden muß. Von den Mitgliedern der subventionierten Arbeitslosenkassen waren Ende Mai 16 735 gänzlich und 3 971 teilweise arbeitslos, gegen 35 452 oder 12,8 Prozent gänzlich und 8 111 oder 2,9 Prozent teilweise Arbeitslose am 9. Februar 1924.

**Italien:** Die Zahl der eingetragenen gänzlich Arbeitslosen betrug Ende April 1924 176 859, die der eingetragenen teilweise Arbeitslosen 45 586, gegen 218 740 bzw. 21 654 im Vormonat und 280 701 bzw. 43 559 Ende März 1923.

**Lettland:** Die Zahl der eingetragenen Arbeitslosen in den fünf größten Städten des Landes war im März 2597, davon 937 Männer und 1660 Frauen gegen insgesamt 2540 im Vormonat.

**Polen:** Die durch die Stabilisierungsmaßnahmen hervorgerufene Wirtschaftskrise hält noch an, und hat eine weitere Steigerung der Arbeitslosigkeit zur Folge gehabt. Ende März betrug die Arbeitslosenzahl 112 553 gegen 110 737 im Vormonat und 87 000 im Mai 1923.

**Kanada:** Ende April waren von den Mitgliedern der Gewerkschaften 5,1 Prozent Arbeitslos gegen 6,7 Prozent im Vormonat und 4,5 Prozent Ende April 1923.

**Norwegen:** Am 25. Mai 1924 wurden 13 200 Arbeitslose gezählt gegen 17 700 am 25. April und 14 800 am 25. Mai 1923. In diesen Zahlen sind nicht eingerechnet die bei Notstandsarbeiten beschäftigten Personen, deren Anzahl auf 8000 geschätzt wird, gegen 12 000 im Mai 1923.

**Osterreich:** Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen betrug Ende Mai 68 475 gegen 84 180 im Vormonat und 107 978 Ende Mai 1923.

**Schweden:** Von 195 065 Mitgliedern derjenigen Gewerkschaften, die über Arbeitslosigkeit berichteten, waren Ende April insgesamt 22 355 oder 11,5 Prozent arbeitslos gegen 28 133 oder 13,8 Prozent im Vormonat und 19 801 oder 14,9 Prozent im April 1923.

**Schweiz:** Die Zahl der gänzlich Arbeitslosen — eingerechnet der bei subventionierten Notstandsarbeiten beschäftigten Arbeiter — betrug Ende Mai 13 618 gegen 16 730 im Vormonat und 30 228 Ende Mai 1923.

**Tschechoslowakei:** Im Monat April wurden direkt vom Staate unterstützt 48 600 Arbeitslose, durch Vermittlung der Unternehmungen 11 340 Arbeitslose. Im März wurden insgesamt unterstützt 73 627 Arbeitslose und im April 1923 192 989. Da nicht alle Arbeitslosen Unterstützung beziehen, ist die Zahl größer als aus diesen Ziffern hervorgeht. So wurden im März 1924 insgesamt 180 002 Arbeitslose gezählt, gegen 195 872 im Februar 1924 und 369 420 im März 1923.

**Vereinigte Staaten:** Nach einem vom Arbeitsdepartement veröffentlichten Bericht, der auf Grundlage einer 8442 Unternehmungen in 52 Industrien mit 2 706 709 beschäftigten Arbeitern umfassenden Statistik zusammengestellt ist, hat die Zahl der beschäftigten Arbeiter im April um 2,1 Prozent abgenommen. Im April 1923 nahm die Zahl der beschäftigten Arbeiter um 5,2 Prozent ab. 10 von den 52 Industrien wiesen eine Vermehrung der Arbeiterzahl auf, darunter die Ziegelindustrie mit 8,5 Prozent. Den größten Rückgang hatte die Bekleidungsindustrie mit 11,4 Prozent zu verzeichnen.

## Die Herrschaft des Monopol- und Finanzkapitals.

All die Krisen, von denen die Völker seit dem Krieg heimgesucht wurden und die so viel Elend und Not heraufbeschworen haben, waren mächtiger Förderer der Kapitalkonzentration. Ein flüchtiger Blick auf die wichtigsten Industriestaaten Europas, Deutschland, England, Frankreich, zeigt uns diese Entwicklung. In Deutschland haben sowohl Inflation wie Stabilisierung den Konzentrationsprozess gefördert. In der Inflationszeit konnte das Großkapital die kleineren Unternehmungen aufsaugen. Es bediente sich dabei der verschiedensten Mittel. Das Großkapital hatte die geschenkten Kredite der Reichsbank und die großen Devisenreserven, mit deren Hilfe und durch andere Schikanen, wie Bezugsrechtsraub, Aktienkauf, Aufkauf von Aktien auf dem Umweg fremder Unternehmungen usw., die kleineren, sich oft in bedrängter Lage befindenden Unternehmungen aufgekauft bzw. zur Aufgabe ihrer Selbständigkeit gezwungen. Mit der Stabilisierung der Währung ging dann eine Kreditkrise, eine unerhörte Geldknappheit einher. Die Kapitalkonzentration wird auch durch diese begünstigt. Es sind die großen Konzerne, welche neben der Landwirtschaft die billigen Reichsbankkredite genießen — sie erhalten Geld zu 10 Prozent, während die anderen das Sechs- bis Siebenfache an Zinsen zahlen müssen — und die ausländische Kredite erhalten. Die außerordentlich bedeutungsvolle Kapitalkonzentration in England, die dort nach dem Krieg einsetzte, hat einen anderen Charakter. Um den Kampf mit den deutschen Waren aufnehmen zu können, die dank des Valutadumping der Inflationszeit einen Vorsprung am Weltmarkt hatten, mußten die englischen Unternehmungen zur Verbilligung der Produktion schreiten, und das taten sie klugerweise nicht durch Arbeitszeitverlängerung und übermäßige Lohnkürzungen, die nur den inneren Absatz gedrosselt hätten, sondern durch technische Verbesserungen der Produktion, wozu auch die Zusammenlegung der Betriebe behufs Herabsetzung der Generalunkosten gehörte. Der englische Konzentrationsprozess wich daher in diesem wesentlichen Punkt von dem deutschen, der überwiegend nur auf Machterweiterung der Konzerne ausging, ab. In Frankreich wurde die Konzentration des Kapitals durch die Erwerbung Elsaß-Lothringens, des Saargebiets und durch den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete auch von Staats wegen mächtig gefördert, indem die Verteilung der Kriegsbeute am besten durch Schaffung von großen Industriekonzernen vor sich gehen konnte.

Dieser Abschnitt der nationalen Kapitalkonzentration, der jetzt seinem Höhepunkt entgegengeht, wird demnächst eine neue Versenkung in die internationalen Beziehungen, insbesondere in die Handelspolitik hineinragen. Die Jagd nach den Absatzmärkten wird bald mit unerhörtem Wuch einsetzten. Deutschland muß seine Ausfuhr mit Anspannung aller Mittel betreiben, um Reparationen zu zahlen, Frankreich — als neuentstandener Industriestaat mit Überschüssen an Industrieprodukten —, um diese loszuwerden, England als Exportstaat, um dem Wettkampf die Spitze zu bieten. Je mehr in den Vereinigten Staaten die Sättigung des inneren Marktes fortschreitet, um so heftiger wird auch dort die Jagd nach den Absatzmärkten einsetzen. Die Ausfuhrpolitik eines Landes, dessen Industrie hochgradig konzentriert ist, nimmt ganz andere Formen an, als wenn die inländischen Unternehmungen untereinander im Konkurrenzkampf stehen. Ein Dumping sondergleichen steht zu erwarten.

Zu gleicher Zeit hat die Macht des Finanzkapitals gewaltig zugenommen. Am wenigsten noch in Deutschland, wo die ersten Jahre der Inflation den Banken Substanzverluste verursachten und erst die letzten sie auf den Weg der Substanzerhaltung gebracht haben. Seit der Stabilisierung ist die Macht der Großbanken im Steigen. Wenn auch die Beträge, die sie als Kredite zu verteilen haben, vorerst noch gering sind, bedeutet die Verfügung darüber eine sehr große wirtschaftliche Macht. Da die Geldknappheit auch weiter andauern wird, während die Banken voraussichtlich durch das langsame Anwachsen der Depositen über größere Beträge verfügen werden als jetzt, wird ihre Macht und Bedeutung immer steigen. In den Ländern mit Edelmetall ist die Macht des Finanzkapitals ungeboren, ja stellt es die höchste Macht dar. Als Geldgeber diktieren sie den Staaten ihre Bedingungen. Bezeichnend ist eine Ausrufung des französischen Ministerpräsidenten Herriot vor seinem Regierungsantritt über die Anleihe, die der amerikanische Bankier Morgan Frankreich vor einigen Monaten zur Stützung des französischen Franken gewährte. Frankreich mußte die Anleihe mit Gold voll decken, außerdem sich aber Bedingungen unterwerfen, von denen Herriot erklärte, das Morgan Frankreich behandelt habe, als sei es die Türkei (er hat auf die frühere Behandlung der Türken seitens des Finanzkapitals angespielt!).

Wohin wir sehen, eine ungeheure Macht des Kapitals. Demgegenüber müssen die Arbeiter ihre Kraft sammeln. Wenn sie das tun, können sie die Verhältnisse meistern. Nicht die Besitzer der Produktionsmittel dürfen triumphieren, sondern die Besitzer der lebendigen Arbeitskraft. Nur wenn alle aber auch alle Arbeiter der Welt das einsehen, ist uns geholt.

## Die internationale Gestaltung der Warenpreise.

Nimmt man den Jahresdurchschnitt der Indexziffern für Großhandelspreise im Jahre 1923 zum Ausgangspunkt, so kann man für die ersten vier Monate des Jahres 1924 feststellen, daß sich die Preise gegenüber 1923 in sämtlichen europäischen Ländern erhöht haben. So ist für Dänemark, Holland, Norwegen, der Tschechoslowakei eine ziemlich beträchtliche Erhöhung des Preisniveaus zu verzeichnen. Die Preise in England, in der Schweiz, in Spanien, Italien, Österreich haben sich ebenfalls erhöht, aber nur in geringerem Maße. Für Frankreich und Belgien war infolge des Frankensurzes und der darauf folgenden Erholung des Franken, für Deutschland und Polen infolge der Stabilisierung die Preisentwicklung nicht normal. In den letztgenannten Ländern wurden nach der Stabilisierung die Entwertungs- und Risikoprämien abgebaut, wodurch eine Verbilligung gegenüber den letzten Monaten 1923 erreicht werden konnte. In Deutschland zog allerdings die Preisschraube schon wieder seit dem 11. Februar an, neuerdings ist sie aus natürlichen Ursachen wieder etwas zurückgegangen. Die Notenpresse Rußlands wurde erst im März stillgelegt. Von Januar auf Februar haben sich die Papierrubelpreise noch auf das Vierfache erhöht. In den Vereinigten Staaten und Kanada gingen die Preise gegenüber 1923 zurück, eine Bewegung, die in den europäischen Ländern erst nach dem Monat April einsetzte. Unter den überseeischen Ländern ist das Preisniveau in China und Südafrika auffallend niedrig; es ist wesentlich höher in Indien, am höchsten in Japan, wo die Preise auf der doppelten Friedeshöhe stehen.

## Künstler und Achtstundentag.

Eine Anzahl Künstler erlassen an alle Künstler und geistig Schaffenden zugunsten des Achtstundentages und einer Unterstützung der um ihn kämpfenden Arbeiter folgenden Aufruf, den wir den Kollegen zur Verbreitung auf das dringendste empfehlen:

Liebe Freunde, Kameraden und Kollegen! Überall in ganz Deutschland stehen die Arbeiter im Kampf für die Erhaltung des Achtstundentages. Acht Stunden fesseln die Arbeiter freiwillig ihren Körper an die Maschine. Acht Stunden spannen sie ihre Nerven freiwillig in den Apparat der Industrie. Acht Stunden wollen sie mechanische, geistestötende Tätigkeit üben, acht Stunden ihren ausgemergelten, müden Körper schaffen lassen. Acht Stunden! All die Leute, die nicht wissen, was es bedeutet, acht Stunden immer dieselbe Hebelbewegung auszuführen, acht Stunden bis zu 1800 Meter unter der Erde zu schaffen oder vor den höllischen Feuern der Dampfkessel und Hochöfen zu stehen, diese Leute fallen über den Arbeiter her. Sie wollen — sie fordern, daß der Arbeiter seinen siechen, unterernährten Körper nicht nur acht, sondern zehn, zwölf Stunden schuften läßt. Wohlgerne, die wollen ihn zwingen, die für sich das Recht am Gewinn der Arbeit in Anspruch nehmen, die sich anmaßen, Träger der Kultur zu sein. Jede Stunde Arbeit mehr bedeutet für den Arbeiter Ausschluß an der Teilnahme und an dem Genuß der Kunst.

Das Recht ist auf Seiten der Arbeiter. Wir Künstler stellen das fest. Wir können nicht ruhig mit ansehen, wie das Recht des Menschen auf seinen Körper, auf Kultur, aller Menschlichkeit zum Hohn mit Füßen getreten wird. Hunderttausende Arbeiter stehen im Kampf, sind von ihren Arbeitgebern ausgesperrt, weil sie nur acht Stunden schaffen wollen. Wir müssen ihnen zu Hilfe eilen, müssen uns mit unserer Kunst, unserer Feder für sie einsetzen. Überall in Deutschland, soweit es noch nicht geschehen, müssen sich die Künstler zu Arbeitsausschüssen zusammenschließen, Veranstaltungen arrangieren, um den für den Achtstundentag kämpfenden Arbeitern auch materielle Hilfe zu bringen. Das ist unsere Pflicht.

Alfred Birkle. Bertha Lask. Max Barthel. George Groß. Rudolf Schlichter. Paul Eykmaier. Joh. R. Becher. G. G. L. Alexander. Paul Ferdinand Schmidt. Otto Nagel. Bruno W. Reimann. Eric Johannsen. Hans Balusek. Heinrich Zille. Karl Hofer. Friedländer - Mynona. Max Eck-Troll. Alfons Paquet. Willibald Krahn. Eugen Hoffmann. Wilhelm Oesterle. Karl Völker. Erich Heckel. Max Dungen. Peri. Otto Freundlich. Erich Mühsam. Ernst Toller. Otto Dix. Sella Hasse.

## Zur wirtschaftlichen Lage des Photographiegewerbes.

Unter den Berufen, die durch die Wirkungen der wirtschaftlichen Zuckungen der Nachkriegszeit schwer zu leiden hatten, dürfte das photographische Gewerbe am stärksten betroffen worden sein. Die Inflationszeit hat die Zahl der Gehilfen und Gehilfen, wie auch der Selbständigen, bedeutend gemindert. Wenn überall genaue statistische Zahlen vorgelegt werden könnten, käme sicher ein Elendbild zustande, das allen Beteiligten und Interessen-

ten beweisen würde, wie sehr gerade unser Gewerbe von gesunden stabilen wirtschaftlichen Verhältnissen abhängig ist. Es sei uns gestattet, einige Zahlen aus dem Jahresbericht des Sächsischen Photographenbundes, abgedruckt in der Photogr. Chronik, wiederzugeben. Von etwa 450 Gehilfen und Gehilfinnen, die früher vorhanden waren, wurden zu Ende des Jahres 1923 nur noch einige 40 gemeldet. Von 600 Selbständigen hatten 84 das Gewerbe aufgegeben; etwa 120 bezogen Arbeitslosenunterstützung und mindestens 150 waren angeblich so stolz, dem Vorsitzenden der Innung oder des Bundes ihr Elend zu melden, da sie doch keine Hilfe erwarten konnten. Wenn man auch zugeben muß, daß in dem Industriestaat Sachsen, mit seiner materiell niedergedrückten Arbeiterbevölkerung, unser Beruf besonders schlecht stand, so wird in allen anderen Industriezentren das Bild wesentlich das gleiche gewesen sein. Die Warenhaushaltphotographie war schon vor dem Kriege durch Umstellung der Reklame dieser Unternehmen bedeutend zurückgegangen, blieb aber von dem weiteren Rückgang während der Inflation auch nicht verschont. Auch hier ist der Prozentsatz des Rückganges der Beschäftigten ungefähr derselbe.

In der Filmbrikation scheint sich die Krise erst noch auszuwirken, obschon auch hier die Inflation einen Rückgang der Fabrikation brachte. Die Kunstdruckindustrie hatte ihre Arbeitskräfte auf das äußerste Maß beschränkt und zeitweise die Betriebe nur notdürftig aufrecht erhalten. Aber nicht nur die zwangsläufigen Verhältnisse haben einen Rückgang der Produktion und Beschäftigtenzahl gebracht sondern auch in diesem Beruf, wie fast überall zeigte sich das Bestreben, durch höhere Preise die geringere Produktion auszugleichen, gleichviel ob diese dadurch weiter zurückging. Von einer derartig durch Not mitgenommenen Berufsgruppe noch großes Interesse für Berufsfragen zu erwarten, dürfte kaum möglich sein. Deshalb ist auch in beiden Lagern, Prinzipalen wie Gehilfen, eine Gleichgültigkeit eingerissen, die schon vom Standpunkt des Staatsbürgers aus zu beklagen ist und sich zu gegebener Zeit schwer rächen muß. Der photographische Beruf ist nicht, wie andere, durch überholte Technik zum Niedergang geführt worden. Vielmehr seine Herstellung von Bedarfs- und Luxusartikeln, die zu allerletzt benötigt werden, ist die Ursache davon. Deshalb hat dieser Beruf aber auch die Möglichkeit, sich wieder zu erholen, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse wieder bessere geworden sind. Wenn die Verhältnisse nicht ganz trügen, beginnt sich unser Gewerbe wieder etwas zu beleben. Die noch im Beruf verbliebenen Gehilfen und Gehilfinnen (letztere gingen in besonders großer Zahl vom Beruf ab, da sie sich leichter umstellen konnten) haben deshalb alle Ursache, aus dem Vergangenen zu lernen, um die wirtschaftspolitischen Zusammenhänge der Gegenwart zu erkennen, die ihr einzigstes und stärkstes Gegengewicht in einer starken organisatorischen Zusammenfassung der Arbeiter, Angestellten und Beamten finden.

## Joseph Krieg †

Der Tod reißt schmerzliche Lücken in unsere vordersten Reihen. Nach Gustav Lochstampfer fiel ihm Joseph Krieg zum Opfer.

Aus Karlsruhe erhalten wir die Nachricht, daß Kollege Steindruckerkrieg am 4. Juli plötzlich verstorben ist. Ein Magenbruch zwang ihn sich einer Operation zu unterziehen, die er nicht überstand. Trauernd steht deshalb die Karlsruher Kollegenschaft und mit ihr alle Kollegen, die Krieg gekannt haben, an seiner Bahre.

Vom Leben Joseph Kriegs kann man mit Recht sagen, daß es köstlich gewesen ist, denn es war nur Mühe und Arbeit. Ein echter Badenser, hat die Liebe für Freiheit in Kollegen Krieg immer geglit. Schon als junger Mensch schloß sich er in seinem 55. Lebensjahre Abgerufene der werdenden Arbeiterbewegung an. Der Verband zählt ihn deshalb mit zu seinen Gründern. Und all die Jahre seit 1891 hat Krieg dem Verbands eine unwandelbare Treue bewiesen. Wenn der Verband der Lithographen, Steindrucker und verw. Berufe unter schweren Mhen und Opfern seiner Anhänger zu einem wirksamen Werkzeug kollektiver Interessenvertretung im Laufe der Zeit geworden, so gebührt ein Teil des Verdienstes dem Kollegen Krieg. Denn immer hat er im Vordergrund gestanden wenn es galt, die Interessen der Kollegen gegen das Unternehmertum zur Geltung zu bringen. So sah man ihn noch acht Tage vor seinem Tode auf der Generalversammlung der Karlsruher Mitgliedschaft in attergewohnter Weise seine Klinge führen.

Darin besteht das Wesen eines freien Gewerkschaftlers, daß ihm die Sache immer über der Person steht. Joseph Krieg hat immer so gehandelt. Kein Wunder, wenn er deshalb stets das Ohr seiner Kollegen fand, die ihm ein großes Vertrauen entgegenbrachten. Es ergab sich daraus, daß Kollege Krieg im Laufe der 34 Jahre seiner Verbandszugehörigkeit fast zu allen Ehrenämtern berufen wurde, die der Verband zu vergeben hat. Auch der letzte Verbandstag in Nürnberg zählt Kollegen Krieg mit als Delegierten. Und wie immer, legte Kollege Krieg auch hier die Sonde der Kritik an, wo es ihm nötig war, trat aber bertreibungsw

mit derselben Energie entgegen, die diesen Kollegen so auszeichnete.

Stets bereit, für die Interessen der Kollegen einzutreten, und bemüht, durch Aufrichtung einer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die keine Ausbeutung und Unterdrückung kennt, der Arbeiterschaft und damit der Menschheit zu dienen, hat sich Kollege Krieg ein dauerndes Gedenken gesichert. Immer im vorersten Kampfgewühl stehend, ist er vom Tode gefällt worden. Wir ehren unsern Kämpen Krieg am besten, wenn wir an seiner Bahre geloben, in seinem Sinne weiter für Menschenglück und Menschenfreude zu arbeiten. Ehre seinem Andenken!

## Geheimrat Büxenstein

ist am 12. Juli verstorben. Mit ihm ist ein Mann von seltener Lebenskraft und Arbeitsdauer dahingegangen. Er war ein typischer Vertreter von Unternehmerinteressen, der aber die gewerblichen Interessen verfocht und dabei so viel soziale Einsicht besaß, um auch die Gehilfeninteressen zu berücksichtigen. Als Verhandlungsleiter war er konziliant in der Form, scharf in der Sache. Er konnte wenige Minuten nach einer scharfen Anklagerede gegen die Gehilfenschaft sofort eine neue Vermittlungsaktion einleiten. Er liebte den Kampf im Konferenzsaal, aber nicht den wirtschaftlichen Kampf. Der große Buchdruckerstreik im Jahre 1892 hatte ihm trotz des ungünstigen Ausgangs für die Gehilfenschaft gelehrt, daß Friede ernährt, Unfriede verzehrt. Aus dieser Erkenntnis wurde er im Buchdruckgewerbe der glänzendste Vertreter des Tarifgedankens. Er hat dem Buchdruckgewerbe große Dienste damit geleistet, und Prinzipale wie auch Gehilfen haben ihm in dieser Richtung viel zu danken. Trotz des Tarifes im Buchdruckgewerbe gab es recht schwierige Situationen zu überbrücken. Er konnte es, weil er mit einer glänzenden Rednergabe ausgestattet war und sein Humor half ihm, auch in diesen kritischen Momenten die hochgehenden Wogen wieder zu glätten.

In den Jahren 1903 bis 1913 hat Büxenstein auch im *Chemigraphie- und Kupferdruckgewerbe* eine bedeutsame Rolle gespielt. Seiner Initiative und Tatkraft verdanken die Gehilfen die Entstehung des Bundes der Chemigraphischen Anstalten als Vertragskontrahent. In diesen Jahren war er auch stets bei den Tarifverhandlungen zugegen. Auch uns war er ein beachtenswerter Gegner, der sich fachlich in den Berufen genau auskannte. Zeigten die Gehilfen in der Beweisführung Schwächen, so deckte er sie schonungslos auf. Galt es aber am Ende der Verhandlung eine Verständigungstermine zu suchen, so konnten die Gehilfen auf eine objektive Stellungnahme rechnen. Das Buchdruckgewerbe verliert in Büxenstein einen seiner größten Förderer. Auch ein Teil unserer Gehilfenschaft verdankt ihm die Durchsetzung des Tarifgedankens in den photomechanischen Fächern auf Unternehmerseite. Er wird deshalb auch in der Geschichte des Chemigraphengewerbes mit Hochachtung genannt werden müssen.

## Zur Behebung der Wohnungsnot.

Als Tochtergesellschaft der Reichswohnungsfürsorge A.-G. für Beamte, Angestellte und Arbeiter in Berlin wurde von den Arbeiter- und Angestellten-Organisationen Hessen-Nassau im Verein mit Bau- und Siedlungsgenossenschaften usw. unter der Firma „Gewobag“, Gemeinnützige Wohnungsbau A.-G. Hessen und Hessen-Nassau mit dem Sitz in Frankfurt a. M. ein Unternehmen ins Leben gerufen, das sich zur Aufgabe stellt, durch Neubauten solider, billiger Siedlungshäuser die Wohnungsnot der breiten Massen zu bekämpfen. Das Tätigkeitsgebiet der Gewobag erstreckt sich über die Provinz Hessen-Nassau, die Freistaaten Hessen und Waldeck und das bayrische Gebiet um Aschaffenburg. Die ersten Arbeiten werden in Frankfurt a. M. ausgeführt werden. Es werden als Regel Zweifamilienhäuser mit zwei, drei oder vier Zimmern und dazu Bad, Küche und Zubehör hergestellt werden; zu jeder Wohnung gehört ein Stück Garten. Die Gesellschaft geht mit jedem Wohnungssuchenden, der je nach Größe der gewünschten Wohnung ein entsprechend großes Eigenkapital von etwa 2000 bis 4000 Mark zur Verfügung stellen kann, einen Vertrag auf Herstellung einer Wohnung ein, gibt aber auch denen, die über diese Summe noch nicht verfügen, Gelegenheit, ihre Einrichtungen zu benutzen. Sie nimmt zum allmählichen Aufsparen Darlehensgelder in jeder Höhe entgegen, verzinst und erhält dieselben wertbeständig und beläßt dem Einleger das tägliche Verfügungsrecht. Außerdem werden Wertmarken zu 1 Mark das Stück ausgegeben, die in Karten einzukleben sind. Sämtliche der Gewobag zur Verfügung gestellten Gelder sind keine Abfindungsgelder sondern bleiben als Darlehen Eigentum des Geldgebers. Die Gewobag hat ihre Einrichtungen so getroffen, daß sie vor allem jungen Paaren helfen kann, die noch immer bei fremden Vermietern oder bei den Eltern bzw. Schwiegereltern in Untermiete wohnen müssen, daß sie ferner helfen kann Verlobten, die aus Wohnungsnot nicht heiraten können, und daß sie zur Vorsorge für die Zukunft sich zur Verfügung stellen kann allen Eltern mit heranwachsenden Töchtern und Söhnen, die weitschauend genug sind, schon jetzt für das künftige Wohnungsbedürfnis ihrer Kinder zu sorgen. Nähere Auskunft erteilt die Geschäftsstelle Frankfurt a. M., Hochstr. 1.

## Eine Gewerkschaftszeitung für Sachsen.

Die Delegierten der Ortsausschüsse des ADGB Sachsens haben auf einer am 1. Juni 1924 tagenden Konferenz beschlossen, eine vorerst monatlich zweimal erscheinende *Sächsische Gewerkschaftszeitung* herauszugeben. Die Gründe für die Notwendigkeit einer sächsischen Gewerkschaftszeitung gibt die „Sächsische Gewerkschaftszeitung“, deren Nummer 1 vorliegt, wie folgt an:

„Man braucht nur die Berichterstattung der Tagespresse, auch der sozialistischen, über gewerk-

schaftliche Veranstaltungen — sogar von der Bedeutung der Konferenz der sächsischen Ortsausschüsse — zu betrachten, um das Unhaltbare des jetzigen Zustandes zu erkennen. Die Gewerkschaften und ihre Organe bedürfen eines Sprachrohres um unabhängig und ausreichend zu der Arbeiterschaft sprechen zu können.

Die vom Bundesvorstand wie von den einzelnen Verbänden herausgegebenen Zeitungen werden gewiß ihren Aufgaben gerecht. Daneben besteht jedoch eine Lücke. Denn die im Verwaltungsbereich einer Landeszentralbehörde, durch den Bezirksausschuß des ADGB. erfaßten Gewerkschaften haben noch besondere Interessen, deren Wahrung unserer Zeitung obliegt. Zumal in Sachsen, wo die gesamten Verhältnisse mehr als anderswo nach einer Vereinheitlichung der gewerkschaftlichen Bestrebungen verlangen.

Dazu kommt die gehobene Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisationen, deren Arbeitsfeld sich weit über das der Vorkriegszeit erstreckt.

Der Nürnberger Gewerkschaftskongreß, der 1919 tagte, gab durch seine Beschlüsse den freien Gewerkschaften neue und erweiterte Tätigkeitsgebiete. In den Satzungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes werden nicht nur die wirtschaftlichen und sozialpolitischen, sondern auch die geistigen und kulturellen Aufgaben der Gewerkschaften betont. Die Gewerkschaften fordern darin maßgebenden Einfluß auf die Umgestaltung der Kultur-, Wirtschafts- und Handelsbeziehungen der Völker. Dadurch sind auch satzungsgemäß für die Gewerkschaften die alten Grenzpfähle vor dem politischen Gebiet umgelegt und die Gemeinde-, Reichs- und Weltpolitik als Arbeits- und Aufgabengebiet der Gewerkschaften anerkannt.

Diese Arbeitsgebiete will die „Sächsische Gewerkschaftszeitung“ beackern. Dabei soll besondere Beachtung dem Betriebsrätewesen, dem Arbeitsrecht und der Mieterbewegung werden. Ferner sollen Berichte von Veranstaltungen, die das Gewerkschaftsmitglied interessieren, gebracht werden, um das geistige Band um die sächsischen Organisationen fester zu schlingen.

Auch der Kritik soll selbstverständlich Raum gegeben werden. Wir scheuen uns nicht, auch der Schriftleitung der „Sächsischen Gewerkschaftszeitung“ eine Kritik der Gesamtgewerkschaftsbewegung zuzugestehen, wenn sie ihre eigenen Worte beachtet, nämlich: Die Kritik darf „nicht so weit gehen, daß die Kritik dem Gegner fortgesetzt Waffen liefert und jedes Vertrauensverhältnis in den Organisationen untergräbt.“ Beachtet die „Sächsische Gewerkschaftszeitung“ diese Voraussetzung fruchtbringender Arbeit immer, dann wird sie mit ein nützliches Glied sein in der Kette gewerkschaftlicher Propaganda, und mithelfen, die Elemente der Zerstörung im eigenen Lager zu eliminieren.

Möge sich die „Sächsische Gewerkschaftszeitung“ immer als ein Organ der deutschen freien Gewerkschaften fühlen, dann wird ihr auch fruchtbare Arbeit beschieden sein.

## Gewerkschafts-Zeitung

Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

Redakteur: Paul Umbreit

Unterrichtet wöchentlich über die Ergebnisse in der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland und im Ausland. Sie ist als Fortsetzung des „Korrespondenzblattes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“, die Zeitung der Gewerkschafter und der Sozialpolitiker. Kein Arbeiter oder Angestellter sollte versäumen, neben der Zeitung seines Verbandes umgehend das Abonnement bei seinem Postamt aufzugeben

Preis monatlich 40 Pfennige

Probenummern stehen kostenlos zur Verfügung und sind anzufordern bei der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin 514, Inselstraße 6

## Perfekter Strich- und Autoätzer

gesucht. Nur Herren die ihre Sparte von A bis Z ganz selbständig beherrschen, wollen ausführliche Angebote einsenden an

Polygraphik, Freiburg i. B., Wasserstraße.

## Tüchtiger Ätzer

bewandert im Strich- und Autoverfahren, zum sofortigen Antritt in norddeutsche chemigraphische Anstalt gesucht. Bewerbungen unter Beifügung von Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen sind zu richten an

Lübecker General-Anzeiger, Charles Colmann.

## la Maschinen-Retuscheur und ein la Auto-Ätzer

in dauernde Stellung gesucht Conrad Schönhals, Breslau.

Erstklassige

## Farb-Ätzer

gesucht Guter Lohn- Dauerstellung. Eilangebote an Ewald Steinmetz & Co. Hannover, Lange Laube 5-6

Elektrische

## Leimkessel

sind in jedem modernen Betrieb unentbehrlich. Verlangen Sie Angebote von der Spezialfabrik A. Brettner, München N 60 Heß-Straße 45.

Tüchtiger

## Lithograph

für Bunt und Chromo sofort gesucht. Muster nebst nähere Angaben erbeten August Heinecke, Kunstanstalt Rudolstadt i. Thür.

Erstklassiger

## Gravur-Lithograph

unverheiratet, für Litauen bei hohem Lohn gesucht. Angebote an Libag O m. b. H., Berlin W 35.